

Liebe Leserinnen und Leser,

Frankreich will mit einer nationalen Finanztransaktionssteuer voran gehen. In Deutschland streiten sich die Regierungsparteien über das weitere Vorgehen.

Knapp zusammengefasst stellt sich die Lage derzeit folgendermaßen dar:

Die deutsche und die französische Regierung halten weiterhin an der Einführung einer **allgemeinen Finanztransaktionssteuer in Europa** fest. Verhandlungsbasis ist weiterhin der Vorschlag der EU-Kommission für eine EU-weite Steuer. Die Beratungen darüber werden frühestens im März, vermutlich jedoch eher erst im Sommer abgeschlossen sein. Die Chancen für eine EU-weite Einführung sind wegen des angekündigten Vetos der Briten, Tschechen und Schweden sehr schlecht. Eine teileuropäische Lösung wird von der Blockade der FDP und der Skepsis in einigen Eurostaaten verzögert. So werden offizielle Beratungen über eine teileuropäische Steuer wohl erst nach Ablehnung des Kommissionsentwurfs im europäischen Rat in Angriff genommen.

In **Frankreich** will der wahlkämpfende Präsident nun mit einer abgespeckten Finanztransaktionssteuer vorangehen. Mit einer Steuer von 0,1 Prozent auf französische Aktien, 0,01 Prozent auf ungedeckte Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen und 0,01 Prozent auf bestimmte Transaktionen im Hochfrequenzhandel und jährlichen Einnahmen von etwa einer Milliarde Euro ähnelt der Vorschlag eher der britischen Stempelsteuer als einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer.

In **Deutschland** unterstützen die Unionsparteien eine teileuropäische Einführung. Die FDP-Bundestagsfraktion ist jedoch noch strikt dagegen. Der Kompromissvorschlag der FDP sieht eine europaweite Kopie der britischen Stempelsteuer vor. Vor drei Jahren wäre eine deutsche Stempelsteuer noch als Provisorium akzeptabel gewesen: Bis zum Abschluss internationaler Verhandlungen über eine umfassendere Steuer hätte sie in Deutschland risikolos jährliche Einnahmen von ca. 4 Milliarden Euro gebracht. Wegen der hohen europaweiten Zustimmung für eine weitergehende Besteuerung ist der FDP-Vorschlag aber nur noch ein Versuch, ihrer Spekulantenklientel zu retten, was noch zu retten ist.

Mehr dazu in diesem Infobrief.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Entwicklungen bei der FDP
- Satirische Aktion zur FDP-Blockade
- Finanztransaktionssteuer in Frankreich
- Die britische Stempelsteuer
- Zitatsammlung zur Unterstützung einer FTS
- Bemerkenswerte Reportagen
- Online-Aktivitäten
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

31. Januar: Finanzminister [Schäuble](#) will dem französischen Vorstoß für eine unilaterale, begrenzte Finanztransaktionssteuer vorläufig nicht folgen.

31. Januar: [Opposition und CSU](#) fordern Angela Merkel zur Einführung der Finanztransaktionssteuer in der Eurozone auf.

31. Januar: [Fondsanbieter](#) fahren Horrorzahlen für die Belastung von Kleinsparern auf. In der Versicherungsbranche stößt die Steuer dagegen auch auf Zustimmung, falls sie Kursschwankungen verringern würde.

30. Januar: Die Finanztransaktionssteuer könne auch nur in einem Teil der Eurozone eingeführt werden, so CSU-Generalsekretär [Alexander Dobrindt](#).

30. Januar: Die Bundesregierung legt den Fokus weiter auf die EU-weite Einführung einer Finanztransaktionssteuer, so der [Sprecher des Bundesfinanzministeriums](#) Martin Kotthaus.

30. Januar: Hessens Ministerpräsident [Volker Bouffier](#) stemmt sich weiter gemeinsam mit der Frankfurter Finanzlobby gegen die Finanztransaktionssteuer.

29. Januar: Der neue Präsident des Europaparlaments [Martin Schulz](#) (SPD) fordert von Bundeskanzlerin Merkel, die Finanztransaktionssteuer in der Eurozone gegenüber der FDP über ihre Richtlinienkompetenz durchzusetzen.

28. Januar: Greenpeace tritt als 89te Organisation der Kampagne [Steuer gegen Armut](#) bei.

28. Januar: Der [Präsident des Bundesfinanzhofs](#) Rudolf Mellinghoff warnt vor einer Finanztransaktionssteuer: Steuerpflichtige würden Vermeidungsstrategien entwickeln, dadurch würden die Finanzgerichte viel Arbeit bekommen.

26. Januar: Der Wiener Ökonom [Stephan Schulmeister](#) kritisiert die FDP-Pläne zur Kopie der britischen Stempelsteuer.

25. Januar: Das [bayerische Fernsehen](#) berichtet über die Kampagne Steuer gegen Armut.

22. September: FDP-Fraktionschef [Rainer Brüderle](#) zaubert einen Drei-Stufen-Plan aus dem Hut: Dieser sieht eine EU-weite Einführung der britischen Stempelsteuer vor. Zusätzlich soll die deutsche Bankenabgabe europaweit eingeführt werden und der Hochfrequenzhandel reguliert werden.

20. September: [Regierungssprecher Steffen Seibert](#) fände es vernünftig, eine Steuer nach Vorbild der britischen Stempelsteuer zu prüfen, sollte es in der EU keinen Konsens für eine Finanztransaktionssteuer geben.

20. Januar: Bundestagspräsident [Norbert Lammert](#) fordert eine Finanztransaktionssteuer auch nur in der Eurozone.

20. Januar: Sollte die EU-weite Finanztransaktionssteuer am Veto der Briten scheitern, so solle der Koalitionsausschuss schnell die Einführung in der Eurozone bereden, so Unionsfraktionsvize [Michael Meister](#).

19. Januar: Laut einem internen [deutsch-französischen Regierungspapier](#) zur Vorbereitung des EU-Gipfels soll die Finanztransaktionssteuer so angelegt werden, dass sie auch ohne Großbritannien

eingeführt werden könne.

19. Januar: Der schleswig-holsteinische FDP-Vorsitzende [Wolfgang Kubicki](#) meint, Brüderles Vorschlag für eine Finanzaktivitätssteuer könne eine Finanztransaktionssteuer nur ergänzen, nicht verhindern.

19. Januar: Durcheinander bei der [FDP](#): Fraktionsvorsitzender Rainer Brüderle fordert eine Finanzaktivitätssteuer, Parteichef Philipp Rösler eine Kopie der britischen Stempelsteuer.

18. Januar: Eine klare Mehrheit der Bürger befürwortet eine Finanztransaktionssteuer. Selbst 57 % der [FDP-Wähler](#) unterstützen Steuer.

17. Januar: Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion [Peter Altmaier](#) rechnet mit einem Einknicken der FDP. Bei der nächsten Sitzung des Koalitionsausschuss soll es eine Entscheidung geben.

16. Januar: Deutsche [Liberale im Europaparlament](#) stehen einer Finanztransaktionssteuer aufgeschlossen gegenüber.

14. Januar: Der Weltfriedensdienst e.V. tritt als 88te Organisation der Kampagne [Steuer gegen Armut](#) bei.

14. Januar: Der [Bundesvorstand der CDU](#) beharrt auf einer Einführung einer Finanztransaktionssteuer notfalls in der Eurozone.

12. Januar: Die ZEIT informiert über den Werdegang der [britischen Stempelsteuer](#).

12. Januar: Die FDP könne den Widerstand gegen eine Finanztransaktionssteuer ohne Großbritannien nicht durchhalten, so die Staatssekretärin im bayerischen Wirtschaftsministerium [Katja Hessel \(FDP\)](#).

11. Januar: Die [FDP](#) legt ein neues Argumentationspapier gegen die Finanztransaktionssteuer auf.

11. Januar: Die [TITANIC](#) nennt fünf gute Gründe gegen eine Finanztransaktionssteuer...

10. Januar: [Wolfgang Kubicki](#), FDP-Landesvorsitzender von Schleswig Holstein, würde sich einer auf die Eurozone begrenzten Finanztransaktionssteuer nicht versperren.

10. Januar: [Hermann-Otto Solms](#), FDP-Abgeordneter, warnt wegen der Eurozonen-Vorschläge der Union vor einem Koalitionsbruch.

10. Januar: Hessens Ministerpräsident [Volker Bouffier](#) (CDU) sperrt sich gegen eine Finanztransaktionssteuer ohne Großbritannien.

10. Januar: CSU-Chef [Horst Seehofer](#) plädiert für eine Finanztransaktionssteuer in der Eurozone.

10. Januar: Zahlreiche [FDP-Politiker](#), darunter auch Parteichef Philipp Rösler, wettern gegen eine auf die Eurozone begrenzte Finanztransaktionssteuer.

10. Januar: Der finanzpolitische Sprecher der FDP Fraktion [Volker Wissing](#) lehnt eine Finanztransaktionssteuer ohne Großbritannien ab, solange "kein Konzept vorgelegt wird, welches eine Verlagerung von Finanzgeschäften von Deutschland in weniger regulierte Märkte verhindert".

9. Januar: Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) würde eine Finanztransaktionssteuer notfalls auch nur in der Euro-Zone einführen und provoziert damit die FDP.

Entwicklungen im Ausland:

31. Januar: Der österreichische Kanzler [Werner Faymann](#) hat eine Expertengruppe beauftragt, die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer zu berechnen. Die Teilnahme aller Eurostaaten sei wünschenswert, zumindest sollten die Nachbarstaaten mit dabei sein.

29. Januar: Der französische Präsident [Nicolas Sarkozy](#) will zusammen mit einer Mehrwertsteuererhöhung eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer einführen.

26. Januar: Der britische Premier [David Cameron](#) nennt die Pläne für eine Finanztransaktionssteuer "Wahnsinn".

26. Januar: [Kurienkardinal Peter Kodwo Appiah Turkson](#) fordert eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von globaler Entwicklung und Nachhaltigkeit.

23. Januar: Die Bundesregierung möchte im ersten Quartal 2012 eine Entscheidung über die Finanztransaktionssteuer haben, so [Finanzminister Schäuble](#) in Paris.

22. Januar: Die durchschnittliche Vergütung für 1265 leitende Angestellte von acht britischen Banken betrug 2010 1,8 Mio. Pfund - das 75fache des britischen Durchschnittslohns, so der [Guardian](#).

22. Januar: Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) revidiert Aussagen zu Wachstumseinbußen aus einer Finanztransaktionssteuer.

22. Januar: Die französische Finanztransaktionssteuer soll laut Finanzminister [Francois Baroin](#) Aktien, Anleihen und Derivate umfassen, dabei allerdings Staatsanleihen ausnehmen.

20. Januar: Unklare Signale aus [Frankreich](#): Soll es eine Finanztransaktionssteuer geben oder nur eine Börsenumsatzsteuer?

19. Januar: Die [tschechische Regierung](#) bekräftigt abermals ihre Ablehnung einer Finanztransaktionssteuer in der EU.

19. Januar: [Britische Medien](#) werten die Finanztransaktionssteuer als Angriff gegen Großbritannien.

16. Januar: [Spanien](#) unterstützt den französischen Vorstoß zur zügigen Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

16. Januar: Europaparlamentarier [Michael Theurer \(FDP\)](#) rät seinen Parteikollegen, die Besteuerung von Finanzgeschäften „nicht in Bausch und Bogen abzulehnen“.

16. Januar: Europaparlamentarier [Wolf Klinz \(FDP\)](#) spricht sich für die Finanztransaktionssteuer aus.

13. Januar: Der irische Taoiseach (Premierminister) [Enda Kenny](#) will keine Finanztransaktionssteuer ohne Großbritannien einführen.

11. Januar: Der italienische Ministerpräsident [Mario Monti](#) ist für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer, aber skeptisch bei einer Eurozonen-Lösung.

10. Januar: [Frankreich](#) will die Finanztransaktionssteuer im nationalen Alleingang einführen, um andere Länder zum Nachziehen zu bewegen, so der französische Präsident Nicolas Sarkozy.

10. Januar: Die [dänische Wirtschaftsministerin Margrethe Vestager](#) und derzeitige Vorsitzende des Ecofin lehnt eine Finanztransaktionssteuer ab.

10. Januar: CSU-Europaparlamentarier [Markus Ferber](#) kritisiert die Blockade der FDP. Alle Fraktionssprecher hätten sich im Ausschuss für Wirtschaft und Währung für eine Finanztransaktionssteuer ausgesprochen.

10. Januar: Die Zustimmung im [Europäischen Parlament](#) für eine Finanztransaktionssteuer ist in den letzten Monaten noch gewachsen. Zu den Befürwortern gehört auch der deutsche Europaparlamentarier [Wolf Klinz \(FDP\)](#).

9. Januar: Italiens Premier [Mario Monti](#) bekräftigt abermals seine Zustimmung für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer. Dies hätte aber nichts damit zu tun, dass er Student von James Tobin war, dem geistigen Vater der "Tobin Tax".

8. Januar: Großbritannien wird ein Veto gegen die Finanztransaktionssteuer einlegen, so der britische Premier [David Cameron](#).

Entwicklungen bei der FDP

Die Ankündigung des französischen Präsidenten, eine Finanztransaktionssteuer im Alleingang einzuführen, sowie das Bekenntnis der Bundeskanzlerin für eine Eurozonen-Lösung, hat die FDP anscheinend unvorbereitet getroffen. Nach starken Protesten musste die FDP einsehen, dass sie mit ihrer Blockadehaltung nicht durchkommen wird. Also improvisierte die Partei im Tagestakt unterschiedliche Alternativvorschläge: Fraktionsvorsitzender Rainer Brüderle forderte eine Finanzaktivitätsteuer, Parteichef Rösler eine Börsenumsatzsteuer und später eine Kopie der britischen Stempelsteuer. Knapp eine Woche später legte Parteichef Rainer Brüderle einen [Drei-Stufen-Plan](#) vor. Dieser besteht aus drei Komponenten:

- eine Steuer auf den Wertpapierhandel nach britischem Vorbild,
- strengere Regeln für den computergesteuerten Handel,
- ein europäischer Krisenmechanismus für Banken einschließlich einer Bankenabgabe nach deutschem Vorbild.

Der Plan wurde nur zitiert und nicht veröffentlicht, deswegen kann über Details nur spekuliert werden (Brüderles Büro im Bundestag hat auf eine Anfrage auch nicht reagiert). Strengere Regeln für den computergesteuerten Handel können schlichte Transparenzvorschriften sein. Die europaweite Debatte zum Hochfrequenzhandel läuft bereits, ebenso beim Krisenmechanismus für Banken. Der Drei-Stufen-Plan liefert daher nur bei der Finanztransaktionssteuer Neues und ist daher in erster Linie ein PR-Manöver zur Verhinderung der ungeliebten Steuer. Die Kopie der britischen "stamp duty" würde die Finanztransaktionssteuer auf Transaktionen mit deutschen Aktien reduzieren und wäre vom Aufkommen (ca. 4 Mrd. €) und von der Lenkungswirkung in keiner Weise mit einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer zu vergleichen.

Bisher ist in der Koalition nur die Einführung einer europäischen Finanzmarktsteuer - d.h. Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer - beschlossen worden. Für die Einführung der Finanztransaktionssteuer in der Eurozone hat die Bundesregierung daher kein eindeutiges Mandat. Der Vizevorsitzende der Unionsfraktion, Michael Meister, hat aber bereits angekündigt, dass bei einem Veto der Briten der Koalitionsausschuss schnell über die Eurozonen-Option entscheiden solle. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Union die breitere Steuer will und bereit ist, hierfür einen Koalitionskrach in Kauf zu nehmen.

Anhand von Aussagen verschiedener FDP-Politiker lässt sich ablesen, dass die Partei langsam vom strikten Nein abrückt.

Die bisherige Position, exemplarisch zitiert von Parteichef [Philipp Rösler](#), lautete:
"Eine solche Steuer muss für alle EU-Staaten gelten, nicht nur für die Euro-Staaten. Einen nationalen Alleingang zur Einführung der Finanztransaktionssteuer lehne ich ab. (...) Sonst führt die Finanztransaktionssteuer zu Wettbewerbsverzerrungen und belastet unseren Finanzstandort Deutschland einseitig

Inzwischen lehnt [Volker Wissing](#), der finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, die Steuer ohne London nicht mehr kategorisch ab:
"Solange die Verlagerungsfrage nicht gelöst ist, stimmt die FDP einer solchen Steuer nicht zu und besteht auf einer Einbeziehung Großbritanniens."

Vereinzelte Stimmen in der FDP halten die Blockadehaltung für unvermittelbar. Im Europaparlament stehen die FDP-Europaparlamentarier Wolf Klinz und Michael Theurer den Plänen offen gegenüber. Die Gesamtfraktion der europäischen Liberalen wirbt sogar für die Steuer. Gegenwind kommt auch aus den Bundesländern:

[Wolfgang Kubicki](#), Landesvorsitzender der FDP Schleswig-Holstein mit Wahlen im Mai:
"Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"
"Wer uns erklärt, damit verlören wir eine Reihe von Geschäften, der muss sich die Frage beantworten, ob wir derlei Spekulationsgeschäfte überhaupt wollen."

[Katja Hessel](#) (Staatssekretärin im bayerischen Wirtschaftsministerium, FDP):
"Diese Position werden wir nicht durchhalten können. Mit unseren Argumenten, nämlich Steuererhöhungen zu verhindern und den Finanzplatz Deutschland zu schützen, dringen wir nicht durch. Die FDP steht als der Buhmann da, der die Banken schützen will. Das schadet uns."

Laut [Stern-Umfrage](#) unterstützen selbst 57 % der FDP-Wähler die Steuer.

Die Gründe für die Ablehnung der FDP lassen sich in einem Argumentationspapier nachlesen. Dazu gehören Kleinsparer, Bürokratiekosten, Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen und andere Räuber pistolen. Ernstzunehmender sind die Einwände hinsichtlich der weltweiten Vollstreckbarkeit des Ansässigkeitsprinzips und weitere Aspekte der optimalen Steuerausgestaltung, um gegen Steuervermeidungspraktiken vorzugehen. Die Einwände zeigen aber, dass sich die FDP-Fraktion auch nach über zwei Jahren Debatte nicht ernsthaft mit der Steuer auseinandergesetzt hat.
Zum Argumentationspapier der FDP: <http://dpaq.de/Arbrp>

Satirische Aktion zur FDP-Blockade

Das neue Kampagnenmitglied Campact und Attac haben den Streit in der Regierungskoalition dazu genutzt, gegen die Blockade der FDP anzugehen.
Dazu gab es Mitte Januar zwei kalte, aber fröhliche Aktionen vor der Berliner FDP-Zentrale und dem Kanzleramt.

Sprechchöre vor der FDP-Zentrale und versuchte Unterschriftenübergabe

Am 16. Januar ertönten **Sprechchöre vor der FDP-Zentrale**: "We are the 1.8 Percent" und "Finanztransaktionssteuer nee - Banken-FDP!" skandierten die treuen, von Campact und Attac mobilisierten FDP-Anhänger um ihren Parteichef Rösler (unterm Schuh: die Zahl 1,8 %). Im Schlepp: 100.000 Unterschriften an Philipp Rösler gegen die FDP-Blockade - doch der verweigerte die Annahme.

Schöne Fotos und Bericht von der Aktion:

Campact: <http://blog.campact.de/2012/01/satire-aktion-gegen-fdp-blockade-der-spekulationssteuer/>

Attac: <http://www.attac.de/aktuell/finanztransaktionssteuer/aktionen/1612012-in-berlin/>

Tauziehen vor dem Kanzleramt: "Rösler lass nicht locker, Du bist der Mann der Zocker!"

Mit diesem Slogan feuerten am 18. Januar einige FDP-Anhänger ihren Oberhäuptling an, beim **Tauziehen** um die Finanztransaktionssteuer nicht nachzulassen.

Doch leider vergebens: Als sich Angela Merkel den empörten BürgerInnen am anderen Ende des Seils anschloss ("Merkel lass das Zaudern sein, komm ans Seil und reih dich ein"), brach die FDP-Blockade zusammen.

Schöne Fotos, Video und Bericht von der Aktion:

Campact: <http://blog.campact.de/2012/01/aktion-tauziehen-um-eine-finanztransaktionssteuer/>

Attac: <http://www.attac.de/aktuell/finanztransaktionssteuer/aktionen/1812012-in-berlin/>

Nachtrag: **Birgit Reinemund (FDP)**, Vorsitzende des Finanzausschuss des deutschen Bundestags, wünscht sich laut ihrer [Webseite](#) persönliche Meinungen und keine standardisierten Massenmails von Kampagnenportalen wie Campact mit "einseitigen politischen Aussagen". Sie wird aber persönliche Schreiben "nach bestem Wissen und Gewissen beantworten". Das ist doch eine Einladung, gerade für Personen aus ihrem Wahlkreis im Raum Mannheim, einmal genauer nachzuhaken!

Finanztransaktionssteuer in Frankreich

Die französische Regierung hat am 8. Februar 2012 einen Gesetzesentwurf zur unilateralen Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorgelegt. Geplant ist, das Gesetz noch im Februar zu verabschieden. Dies ist gerade noch rechtzeitig vor den französischen Präsidentschaftswahlen. Zum 1. August 2012 soll das Gesetz in Kraft treten.

Die Steuerbasis bilden Aktien französischer Unternehmen und davon abgeleitete Derivate sowie durch französische Unternehmen gekaufte Kreditausfallversicherungen (CDS) für Staatsanleihen und bestimmte Transaktionen im Rahmen des Hochfrequenzhandels. Der Steuersatz für Aktien und Aktienderivate liegt bei 0,1 % des Marktpreises und bei 0,01 % für CDS und Transaktionen im Hochfrequenzhandel. Damit ähnelt die Steuer eher der britischen Stempelsteuer als einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer. Die französische Regierung rechnet mit Einnahmen aus der FTS in Höhe von einer Milliarde Euro. Das ist eine vergleichsweise geringe Summe.

Ein ausgesprochener Schwachpunkt des französischen Projekts ist die Verwendung der Steuereinnahmen. Von den zahlreichen Ankündigungen Sarkozy's, zuletzt beim G20-Gipfel in Cannes im November 2011,

zumindest einen Teil der Einnahmen für Umwelt- und Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung zu stellen, ist nichts übrig geblieben. Stattdessen soll das Geld zur Finanzierung des französischen Anteils am EU-Budget benutzt werden.

Frankreich versucht mit seiner Vorreiterrolle zu zeigen, dass es auch im Zeitalter der Globalisierung noch nationale Spielräume zur Regulierung der Finanzmärkte gibt. Ausdrücklich heißt es im Gesetzesentwurf aber, dass die französische Initiative „auch wenn sie sich den Zwängen einer ausschließlich nationalen Steuer anpassen muss, sich als Vorläufer einer breiteren Steuer versteht, die vom Vorschlag der Europäischen Kommission vom September 2011 inspiriert ist. Frankreich wird sich auch weiterhin gemeinsam mit seinen Partnern sehr stark für die rasche Einführung eines europäischen Projekts einsetzen.“

Mehr Informationen im Faktenblatt von [WEED](#).

Die britische Stempelsteuer

In der Debatte um gescheiterte und gelungene Steuern auf Finanztransaktionssteuern und um die Vorschläge der FDP und Frankreichs wird häufig die britische Stempelsteuer ("stamp duty") als positives Beispiel genannt. Bei einer Stempelsteuer erhält ein Dokument erst durch einen Stempel Rechtskraft. Hierfür wird eine Steuer erhoben. Großbritannien kennt solche Stempelsteuern seit 1694. Die heutige Stempelsteuer geht in ihrer Steuerbasis auf die Jahre 1891 und 1946 zurück. Das Design wurde allerdings häufig geändert. Besteuert wird der Kauf (nicht Verkauf) von Anteilsrechten von Unternehmen mit inländischem Sitz, insbesondere von inländischen Aktien. Der Handel mit Futures und Optionen auf Aktien wird nicht besteuert. Allerdings wird das Ausüben einer Option oder die Lieferung aufgrund eines Future-Geschäfts besteuert, damit die Besteuerung dadurch nicht umgangen werden kann. Der Steuersatz lag ursprünglich bei einem Prozent, stieg in den siebziger Jahren auf zwei Prozent und liegt seit 1986 bei 0,5 Prozent. Seit 1986 werden mit der "stamp duty reserve tax" auch elektronisch ausgeführte Transaktionen besteuert. Die Einnahmen liegen bei etwa drei bis vier Milliarden Pfund jährlich. Das Potenzial der Steuer liegt in Deutschland bei etwa vier Milliarden Euro, so der Wiener Ökonom Stephan Schulmeister.

Die meisten Geschäfte mit britischen Aktien werden über das elektronische System CREST verwaltet, dem britischen Zentralverwahrer für Wertpapiere. Dies erlaubt eine sehr kostengünstige Besteuerung. Ein kleinerer Anteil wird direkt über Investment- und Anlagefirmen abgeführt. Der Handel mit Aktien ist ein Transfer von Eigentumsrechten und liegt daher in der Obhut britischen Rechts. Entsprechend gibt es kaum Möglichkeiten, die Steuerpflicht zu umgehen. Eine Verlagerung von Transaktionen an Offshore-Handelsplätze zwecks Steuervermeidung ist daher kaum möglich.

Tatsächlich gibt es in geringfügigem Umfang Möglichkeiten, die Steuerpflicht zu umgehen. Hierzu gehört etwa die Übertragung von Aktien an ausländische Depotbanken, welche darüber Zertifikate ausstellt, deren Transaktionen nicht besteuert werden. Die dafür nötige Übertragung der Aktien wird jedoch mit einem mehrfachen des Satzes der Stempelsteuer besteuert ("exit tax" von gegenwärtig 1,5 %). Die Zertifikate bewirken außerdem einen schwächeren Anspruch als die zugrundeliegenden Aktien. Eine andere Umgehungsmöglichkeit bieten ausländische Investmentfonds (exchange traded funds), beispielsweise Indexfonds auf britische Unternehmen. Auch über diese Variante erwerben Anleger Derivate von geringerer Qualität als die Aktien. Der britische Staat hätte zudem Möglichkeiten, bei verstärktem Missbrauch dieser Praktiken dagegen vorzugehen. Dies sichert eine erfolgreiche Besteuerung.

Das Prinzip der Stempelsteuer lässt sich auf weitere Finanzprodukte ausdehnen. So ließen sich Derivate und Wertpapiere, für die keine Finanztransaktionssteuer gezahlt wurde, generell als rechtsunwirksame Forderung einstufen. Dieser Ansatz wird z.B. in einer [Machbarkeitsstudie](#) unserer französischen Schwesterkampagne für eine nationale Finanztransaktionssteuer verfolgt und würde ein Vielfaches des Aufkommens der britischen Stempelsteuer erwirken.

Zitatsammlung zur Unterstützung einer Finanztransaktionssteuer

Das Center for Economic and Policy Research (CEPR) hat eine bunte, internationale Sammlung von Erklärungen hochkarätiger Personen zur Unterstützung einer Finanztransaktionssteuer zusammengestellt. Darunter finden sich der Erzbischof von Canterbury, Al Gore, Bill Gates, Paul Krugman, Joseph Stiglitz, Christine Lagarde und andere.

Zur Liste der Zitate:

<http://www.cepr.net/documents/ftt-support.pdf>

Das CEPR hat ebenfalls eine Sammlung an Gegenargumenten zu Kritiken an der Finanztransaktionssteuer zusammengestellt:

<http://www.cepr.net/index.php/publications/reports/response-criticism-fft>

Bemerkenswerte Reportagen

ARD Plus-Minus: Der Eiertanz um die Transaktionssteuer

Seit Jahren wird um eine Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten der von ihr ausgelösten Weltwirtschaftskrise gerungen. Doch erst jetzt scheint es durch den Vorstoß Frankreichs tatsächlich Bewegung zu geben. Warum so spät?

Ein scharfzüngiger Verriss der FDP-Vorschläge und ein schön gestaltetes Plädoyer für die Finanztransaktionssteuer.

Zur Reportage:

http://mediathek.daserste.de/sendungen_a-z/432744_plusminus/9420072_finanbranche-der-eiertanz-um-die

Deutschlandfunk: Gewünscht und verteufelt. Europa streitet über die Finanztransaktionssteuer

Während Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Werbung für die Finanztransaktionssteuer macht, ist ihr Koalitionspartner FDP strikt dagegen. Auch in Europa ist man geteilter Meinung. Dabei könnte die neue Steuer den Finanzmarkt vielleicht stabilisieren - wenn alle Staaten an einem Strang ziehen.

Eine gute Reportage über den Werdegang der Finanztransaktionssteuer von John Maynard Keynes, James Tobin und Attac bis hin zu heute.

Zur Reportage:

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1662901/>

Bayerischer Rundfunk: Dokumentation zu Steuer gegen Armut

Jesuitenpater Jörg Alt aus Nürnberg kämpft für die umstrittene Finanztransaktionssteuer. Aus den Einnahmen erhofft er sich Hilfe bei der Bekämpfung von Armut in der Dritten Welt.

Zur Reportage:

<http://www.br.de/fernsehen/bayerisches-fernsehen/sendungen/abendschau/armut-steuer-finanstransaktionssteuer-mittelfranken100.html>

Online-Aktivitäten

Oxfam: Unterstütze die „Steuer gegen Armut“ auf der Zielgeraden

Nach einem langen Weg zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer biegen die Regierungen auf die Zielgerade ein. Tempo machen vor allem Frankreich und Deutschland. Im Frühjahr 2012 steht das Thema auf der Tagesordnung verschiedener Treffen, zum Beispiel beim Europäischen Rat und dem Ecofin.

Jetzt ist weitere Unterstützung gefragt, damit die Verantwortlichen nicht auf der Zielgeraden schwächeln. Feuern Sie als Fan der Idee einer „Steuer gegen Armut“ Merkel, Sarkozy und andere Entscheidungsträger an und helfen Sie mit, dass Ihre **Twitter**-Follower, **Facebook**-Freunde und **E-Mail**-Kontakte ebenfalls Anhänger werden.

<https://www.oxfam.de/mitmachen/steuer-gegen-armut>

Online-Petition im Zukunftsdialog: Finanztransaktionssteuer einführen

Im "Zukunftsdialog" des Kanzleramts liegt eine zur Finanztransaktionssteuer eingereichte Petition derzeit auf Platz 10 von ca. 2000 anderen Petitionen.

"Die Finanztransaktionssteuer ist längst überfällig. Der Staat muss das Primat über die Finanzmärkte zurückgewinnen. Die FDP muss ihre Blockade der Finanztransaktionssteuer aufgeben."

Auch wenn die Einnahmenverwendung ausgeklammert wird, bitten wir darum, die Petition zu unterstützen.

Zur Petition:

https://www.dialog-ueber-deutschland.de/DE/20-Vorschlaege/10-Wie-Leben/Einzelansicht/vorschlaege_einzelansicht_node.html?cms_idIdea=1023

Kampagnenaktivitäten

Pressemitteilungen

10. Januar: Endlich Tempo bei Finanztransaktionssteuer - FDP-Blockade inakzeptabel

Die Kampagne begrüßt die Bereitschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel, eine Finanztransaktionssteuer notfalls auch in der Eurozone einzuführen. Die FDP agiert dagegen dogmatisch und sachlich ungerechtfertigt. Die Bundesregierung solle sich aber auch ein Beispiel an den französischen Vorschlägen nehmen, die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung zu verwenden.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

24. Januar: Finanztransaktionssteuer besser als FDP-Börsensteuer

Im sogenannten Drei-Stufen-Plan der FDP sieht die Kampagne einen durchsichtigen Versuch, eine wirksame Besteuerung von Finanztransaktionen in letzter Minute doch noch zu verhindern. Die deutlich abgespeckte Steuer hätte weder von der Lenkungs- noch von der Einnahmewirkung einen vergleichbaren Effekt wie die allgemeine Finanztransaktionssteuer.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#)